

## Die neuen Mitbewohner

Aus mittelosteuropäischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003

Kai-Olaf Lang

Die Länder Ostmitteleuropas stehen an der Schwelle zur Europäischen Union. Der Abschluß der Verhandlungen im Dezember vergangenen Jahres und die Beitrittsreferenden waren Anlaß, sich erneut mit grundlegenden Problemen auseinanderzusetzen, die der Schritt in die EU für die Kandidatenländer bedeutet. Bei der Lektüre polnischer, tschechischer und slowakischer Zeitschriften verfestigt sich der Eindruck, daß sich Fachkreise und die interessierte Öffentlichkeit definitiv von der Fixierung auf die Modalitäten des Beitritts gelöst haben. Debattiert werden neben den Modalitäten der Mitgliedschaft nun auch die Perspektiven Europas.

Zu den im ersten Halbjahr 2003 intensiv behandelten Themen gehört die Frage, wie sich die Länder der Region mit ihren spezifischen nationalen Interessen als Mitglieder möglichst wirkungsvoll in das europäische Räderwerk einfügen können. Viel Beachtung wird aber auch der Rolle Europas in der Welt geschenkt. Kann und soll Europa zum globalen Akteur aufsteigen? Welche Potentiale besitzt es und welche Hemmnisse stehen einem solchen Aufstieg entgegen? Darüber hinaus wird vor diesem Hintergrund die Frage gestellt, wo die Unterschiede zwischen dem »Weltmacht-kandidaten« Europa und der Supermacht Amerika liegen.

### Europa auf dem Weg zur Weltmacht?

In der Prager Zeitschrift *Přítomnost* geht der tschechische Politologe **Michael Romancov** der europäischen Grundfrage nach, ob der Alte Kontinent im 21. Jahrhundert zu einem globalen Akteur werden kann, der irgendwann einmal auch mit der wohlwollenden Hegemonie Amerikas rivalisiert. Einstweilen, das hat der Irak-Konflikt gezeigt, sind die europäischen Staaten weder in der Lage, sich auf gemeinsame Ziele noch auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Könnte, so fragt Romancov, sich daran etwas ändern, wenn die Europäer eine (aus heutiger Sicht absolut hypothetisch erscheinende) machtpolitische Einheit gebildet hätten? Die Antwort sucht Romancov im Rekurs auf eine von Zbigniew Brzezinski vorgeschlagene Definition, der-

zufolge eine Weltmacht heutzutage vier grundlegende Komponenten aufweisen müsse: eine militärische, eine wirtschaftliche, eine technologische und eine kulturelle.

Auf die militärische Komponente geht Romancov, vermutlich angesichts der hinlänglich bekannten europäischen Defizite, nicht explizit ein. Bei allen anderen Aspekten zeichnet er ein differenziertes Bild.

Insbesondere als Wirtschaftsmacht besitzt Europa nach wie vor substantiellen Einfluß. Nicht zuletzt Größe und Attraktivität des europäischen Binnenmarktes, den kein globaler Produzent ignorieren kann, geben der EU ein wirkungsvolles Machtinstrument in die Hand, zumal die Regeln dieses Marktes zentral festgelegt werden. Selbst die Fusion riesiger amerikanischer Konzerne kann vereitelt werden, wenn die Brüsseler Kommission wettbewerbspolitische Bedenken geltend macht. »Der verspottete ›Supermarkt‹, wie die Staatschefs der ASEAN die machtpolitisch zahnlose EU nannten, zeigte sich auf diese Weise fähig, die einzige Supermacht an einer sensiblen Stelle zu treffen.«

Europäischen Einfluß verortet Romancov auch auf kulturellem Gebiet. Neben weiterhin bestehenden intensiven sprachlichen (Stellung der »imperialen Sprachen«) und konfessionellen Banden (z.B. Stellung des römischen Katholizismus in Lateinamerika und wechselseitige Beeinflussung) mit anderen Teilen der Welt oder im Netzwerk postkolonialer Kooperationsforen (Commonwealth, La Francophonie) legt sich Europa auch stärker ein Profil in kulturellen Fragen mit politischer Dimension zu. Exemplarisch verweist Romancov auf die Tatsache, daß die Amerikaner längst nicht mehr die einzigen sind, die sich der Menschenrechtsproblematik annehmen.

Auch auf technologischem Gebiet identifiziert Romancov eine Reihe europäischer Aktivposten und die wachsende Fähigkeit zur Konkurrenz mit der Weltmacht USA. Nach wie vor sind die europäischen Bildungssysteme in der Lage, die Arbeitsmärkte mit qualifizierten und gut aus-

gebildeten Arbeitskräften zu versorgen. Auf Feldern wie Mobilfunk oder interaktives Fernsehen »beginnt der Zug der europäischen Technologie den Amerikanern bereits davonzufahren«.

Romancovs Resümee: Obwohl Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen immensen Verlust direkter Kontrolle über große Teile der Welt erlitten hat, übt es weiterhin beachtlichen globalen Einfluß aus und nimmt vornehmlich auf kulturellem sowie wirtschaftlichem Gebiet eine weltweit »außerordentlich starke Stellung« ein. Das gegenwärtige Europa kann insofern mit den USA Ende des 19. Jahrhunderts verglichen werden. Amerika verfügte damals über eine beträchtliche Wirtschaftskraft, die sich aber nicht in entsprechenden militärischen Fähigkeiten niederschlug. Dennoch widersetzten sich die USA seinerzeit erstmals erfolgreich dem Einfluß des Alten Kontinents in Lateinamerika. Ob Europa zu einer Großmacht wird und damit auch zu einem echten Partner Amerikas, hängt von der Antwort auf zwei Fragen ab: Werden die Europäer den nötigen politischen Willen aufbringen und werden sie gegenüber den Amerikanern nicht nur ein Recht auf Mitentscheidung geltend machen, sondern auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen? Die wichtigste Botschaft Romancovs lautet also: Europa besitzt nach wie vor die für eine Partnerschaft mit den USA erforderlichen Voraussetzungen, es kommt nur darauf an, sie zu nutzen.

Auch **Tomasz Grzegorz Grosse**, der für das Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten sowie das Zentrum für Regionalstudien arbeitet, setzt sich in seinem Artikel in der Zeitschrift *Polska w Europie* mit der immergrünen Frage nach der »Weltmachtfähigkeit« Europas auseinander.

Das Schicksal Europas entscheidet sich für Grosse in vier großen thematischen Dimensionen. Beim *ideellen Aspekt*, der Grundwerte und symbolische Bezugnahmen betrifft, plädiert Grosse für eine Ablösung von Individualismus und Libera-

lismus als europäischen Leitprinzipien. Nur wenn an ihre Stelle Solidarität und Zivilgesellschaft treten würden, könne eine neue gesellschaftliche Realität in Europa geschaffen werden.

Der *wirtschaftliche Aspekt* bezieht sich auf Europas Wirtschaftskraft und seine globale Konkurrenzfähigkeit. Hier fragt der Autor skeptisch, ob ausgeprägte Verflechtungen zwischen europäischen Unternehmen und nationalen politischen Eliten Europas wirtschaftlicher Öffnung, ökonomischer Integration und Innovation hinderlich sein können.

Hinsichtlich des *institutionellen Aspekts* konstatiert Grosse, daß einstweilen die Nationalstaaten einen dominierenden Einfluß auf die Entscheidungsfindungsprozesse in Europa ausüben. Faktisch besteht eine Art »Netzwerkeuropa«, in dem die Staaten (insbesondere die großen) eine Schlüsselstellung einnehmen. Würde es versäumt, föderale Institutionen zu schaffen und zu stärken, wird sich Routine breitmachen, kann Europa sein Steuerungsvermögen und seine Fähigkeiten einbüßen, strategische Reformen umzusetzen.

Besonders pessimistisch schätzt Grosse die europäischen Potentiale der *politischen Eliten* ein. Sie bleiben weiterhin an ihre nationale Wählerschaft gebunden, die über ihr politisches Überleben entscheiden. Diese auf die nationalen Interessen verpflichteten politischen Eliten dürften auch künftig kaum in der Lage sein, eine neue Qualität in die supranationalen Beziehungen einzuführen.

Grosse sieht in der Summe kaum Chancen für einen großen europäischen Sprung nach vorne. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Umgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen der EU. Seiner Einschätzung nach »deutet nichts auf eine Bereitschaft hin, in Europa gänzlich demokratische und föderale Institutionen ins Leben zu rufen«. (Grosses Text entstand einige Monate vor dem Abschluß des Konvents.) Dies kommt nicht von ungefähr, denn erstens fehlt es an einer »europäischen Ideologie«, die eine gemeinsame

Identität und staatsbürgerliche Identifikationsformen stiften könnte. Zweitens mangelt es an einer gemeinsamen Zukunftsvision. »Das Postulat, man müsse Amerika einholen, reicht als Leitidee für die europäische Integration bei weitem nicht aus. Drittens bürokratisiert sich die EU in zunehmendem Maße, Prozeduren werden wichtiger als Ziele. Und viertens tragen langjährige Traditionen, »insbesondere die Bismarcksche und die Napoleonische«, dazu bei, die ohnehin starke Rolle der Staaten und Bürokratien noch zu festigen.

Auch die Gelegenheit zur fundamentalen Erneuerung ihrer Politiken, die sich mit der Erweiterung ergab, hat die EU nicht genutzt. Polen, so Grosse, trägt hierfür ebenfalls Verantwortung, denn es hat in der Vorbeitrittsphase keine nennenswerten Vorschläge unterbreitet. Im Gegenteil: Den Beitritt zur EU nutzte die politische Klasse des Landes zur »Flucht vor den eigenen Problemen« und als Möglichkeit, Verantwortung auf die europäischen Eliten abzuwälzen. Höchste Zeit also, daß Polen definiert, welchen strategischen Stellenwert in Europa es einnehmen will – ansonsten droht das Abdriften an die Peripherie »im wirtschaftlichen, politischen und intellektuellen Sinne«.

### Multilaterale Kooperation kleinerer Staaten

Die Einbeziehung Ostmitteleuropas in EU und NATO wirft für die durchweg kleineren Länder der Region (mit Ausnahme Polens) die Frage auf, wie sie ihr eingeschränktes Potential in Europa möglichst effektiv entfalten und zur Geltung bringen können. In einem Beitrag für die in Bratislava erscheinenden *Listy* versucht **Petr Kratochvil**, Mitarbeiter des Prager Instituts für Internationale Beziehungen, Gemeinsamkeiten in der Außenpolitik kleiner Länder auszumachen. Insbesondere geht er der Frage nach, wie gerade aus Sicht der ostmitteleuropäischen Kleinstaaten der »günstigste *Modus operandi*«

aussehen sollte. Sollen kleine Länder eher mit anderen kleineren Ländern kooperieren, oder scheitert dies schon daran, daß ihr Verhältnis zumindest implizit auf Konkurrenz basiert? Kratochvil gibt gleich zu Beginn seiner Überlegungen klar zu verstehen, daß er Anhänger des Kooperationsparadigmas ist. Unter dieser Voraussetzung weist er auf sechs Strategien zur Effizienzsteigerung der Außenpolitik kleiner Staaten im multilateralen Rahmen hin.

1. Gemäß der Devise »Internationale Organisationen sind gewöhnlich die besten Freunde kleiner Staaten« plädiert Kratochvil für ein aktives Engagement in diesen Organisationen. Aufgrund der bestehenden Stimmengewichtung im Ministerrat verfügen kleinere Staaten selbst in der EU über ein wesentlich größeres Gewicht, als dies der Zahl ihrer Einwohner entspricht. Überdies wird die Kommission traditionell als Sachwalterin der kleineren Mitgliedstaaten angesehen.
2. Kleinere Staaten sind prinzipiell daran interessiert, den Normen des internationalen Rechts Geltung zu verschaffen bzw. den bestehenden Regelkanon um weitere Normen zu ergänzen. Grund ist die Verwundbarkeit und Abhängigkeit kleiner Staaten vom externen Umfeld. Sie tendieren somit typischerweise zur Stärkung von Mechanismen, die friedliche Formen der Konfliktlösung ermöglichen.
3. Insbesondere in unsicheren und konfliktträchtigen Zeiten, in denen die beiden erstgenannten Strategien für kleine Staaten keine ausreichenden Garantien zu bieten scheinen, tritt das Bemühen in den Vordergrund, Verteidigungsbündnisse zu bilden – entweder mit anderen kleinen Staaten oder mit einer Großmacht.
4. In internationalen Organisationen haben große Mitglieder gewöhnlich bessere Chancen, ihre Positionen durchzusetzen. Sofern die kleineren Akteure wenigstens in einigen Teilbereichen deckungsgleiche Interessen haben, lohnt es sich

für sie, bei Verhandlungen bzw. in Entscheidungssituationen »Blöcke von Gleichgesinnten« zu bilden.

5. Kleine Staaten sind nicht in der Lage, sich in ihrer Außenpolitik globalen Themen in ihrer ganzen inhaltlichen Breite zu widmen. Deswegen neigen sie zur Spezialisierung: geographisch, indem sie sich auf ihre Region bzw. deren Nachbarschaft konzentrieren; thematisch, indem sie sich auf ein bestimmtes Segment der internationalen Politik beschränken.
6. Verwundbarkeit und Abhängigkeit von äußeren Faktoren kennzeichnen auch die wirtschaftliche Situation kleinerer Staaten. Deswegen unterstützen sie solche Formen der ökonomischen Kooperation, die zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beitragen. Da die Volkswirtschaften kleinerer Staaten oft einen relativ hohen Öffnungsgrad aufweisen, favorisieren sie in der Regel eine Politik der Handelsliberalisierung.

Kratochvil sieht die Staaten Ostmitteleuropas bereits jetzt nach diesen Prinzipien agieren, etwa bei ihrem Streben in EU und NATO oder im Zusammenhang mit der Gründung der Mitteleuropäischen Freihandelszone CEFTA. Auch die Zusammenarbeit im Rahmen der Visegrad-Gruppe reiht Kratochvil in diesen Kontext ein. Er plädiert für eine Vertiefung und Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit, da andernfalls die Fortexistenz der Gruppe nach der EU-Erweiterung in Frage gestellt ist.

Welchen Nutzen können kleinere Länder wie die Tschechische Republik, die Slowakei oder Ungarn aus einer Verfolgung der oben genannten multilateralen Strategien ziehen? Auch wenn sich ein kleiner Staat durch eine erfolgreiche Praktizierung dieser Kooperationsformen sicherlich nicht in die Kategorie »Großmacht« einreihen können wird, verhelfen sie ihm doch zu einem höheren Stellenwert im internationalen Umfeld, zu mehr Prestige und letztlich auch Einfluß auf der internationalen Szene.

## Die Rolle Polens in Europa

Professor **Antoni Z. Kamiński** von der Polnischen Akademie der Wissenschaften untersucht in seinem Artikel für die Zeitschrift *Przegląd Środkowoeuropejski* die Frage, wie Polen seine nationalen Anliegen in EU und NATO möglichst wirkungsvoll vorbringen kann. Während sich der Tscheche Kratochvíl auf effizienzsteigernde Strategien kleinerer Länder konzentriert, beschäftigt sich der Pole Kamiński damit, wie sich sein Land, ein Akteur mittlerer Größe, im neuen europäischen Gefüge am besten positionieren kann. Kamińskis Überlegungen kreisen vornehmlich um den Begriff der Souveränität: Werden politische Handlungsoptionen des polnischen Staates durch den Beitritt zur EU (bzw. die bereits erfolgte Aufnahme in die NATO) eingeschränkt oder ergeben sich neue Gestaltungsmöglichkeiten?

In der Tat, Polens EU-Beitritt limitiert die Wahlfreiheit der polnischen Regierung hinsichtlich wichtiger »systemischer und politischer Lösungen«. Begrenzend wirkt die Unterstellung unter gemeinsam beschlossenes Recht, nicht aber die einseitige Abhängigkeit von den Interessen einer bestimmten Großmacht. Ohnehin gibt die Union in vielen Bereichen, etwa in dem der inneren Ordnung des Staats, nur allgemeine oder gar keine Richtlinien vor.

Fruchtbar für die polnische Diskussion ist insbesondere die Akzentuierung der Bedeutung interner Faktoren für die internationale Handlungsfähigkeit und den Grad der staatlichen Souveränität. Wenn nämlich ein Staat partikularistische Gruppeninteressen nicht zu beherrschen vermag, wird seine Souveränität von innen her eingeschränkt. Entscheidend für die Zukunft Polens ist daher, ob die politischen Eliten des Landes die Voraussetzungen dafür schaffen können, daß sich die »innere Souveränität« erhöht, daß die »Autonomie des Staates gegenüber der Sphäre privater Interessen« gefestigt wird. Unumwunden erklärt Kamiński: »Die Privatisierung des Staates durch informelle Strukturen stellt

eine größere Gefahr für die Souveränität unseres Landes dar als die Abhängigkeit, die sich aus der Mitgliedschaft in den Strukturen des integrierten Europas ergibt.«

Polens Eingliederung in die beiden großen europäischen Kooperationsstrukturen ist laut Kamiński die einzige Option, die unter den gegebenen Umständen politisch-wirtschaftliches und kulturelles Vorwärtskommen garantiert. Denn ein zentraler Stimulus, der insbesondere von der polnischen EU-Mitgliedschaft ausgeht, ist der äußere Druck zur Durchführung politischer Reformen und zur Modernisierung des Staatsapparates. Vor diesem Hintergrund muß Polen an einer weitgehenden Öffnung gegenüber Europa gelegen sein. Es wäre, so Kamiński, eine »Ironie des Schicksals«, wenn Polen, das seine Souveränität verlor, weil es (schon) im 16. und 17. Jahrhundert versäumte, die Strukturen seines Staates den Erfordernissen der Zeit anzupassen, jetzt »orthodox auf der Idee des Nationalstaates beharren würde«.

## Die Ursache der transatlantischen Differenzen

Den »Quellen des amerikanischen Verhaltens« ist **Pavel Barša**, Mitarbeiter des Prager Instituts für Internationale Beziehungen (ÚMV) und Dozent an der Prager Karlsuniversität, auf der Spur. Baršas Artikel in *Mezinárodní vztahy*, der sich als Beitrag zur Diskussion über die »transatlantische Differenz« versteht, ist eine unmittelbare Reaktion auf einen Beitrag von ÚMV-Direktor Jiří Šedivý in der vorletzten Ausgabe der Zeitschrift, aber auch eine Antwort auf Robert Kagans *Power and Weakness*.

Laut Barša fußt sowohl Šedivýs als auch Kagans Interpretation der amerikanisch-europäischen Dissonanzen der letzten Zeit auf der idealtypischen Gegenüberstellung von modernem und postmodernem Staat. Der moderne Typ von Staat gehört in die »westfälische Welt der uneingeschränkten Souveränität«, in der das nationale Inter-

esse im Wege einer äußersten Steigerung des Durchsetzungsvermögens im System des Mächtegleichgewichts erzwungen wird. Der postmoderne Staat hingegen ist Teil der postwestfälischen Welt eingeschränkter Souveränität, in der sich das nationale Partikularinteresse aufgrund gegenseitiger Abhängigkeit in potentieller Übereinstimmung mit dem allgemeinen Interesse der internationalen Gemeinschaft befindet, die sich im Rahmen internationaler Institutionen konstituiert. Während die westfälische, moderne Welt dem Hobbesschen Realismus entspricht, korrespondiert die postwestfälische mit dem Kantschen Idealismus. In der ersten Welt herrscht Unilateralismus vor, in der zweiten Multilateralismus. Kagan und Šedivý verorten Europa bereits in der postmodernen Welt und sehen Amerika noch im Stadium der Moderne befangen. Während Kagan diesen Umstand aus der immensen Machtasymmetrie ableitet, erklärt Šedivý ihn mit unterschiedlichen Identitäten.

An dieser Stelle setzt Baršas Kritik an. Wer Differenzen in der »strategischen Kultur« lediglich auf ein amerikanisch-europäisches Machtgefälle, letztlich sogar auf ein Gefälle im militärischen Machtpotential zurückführt, huldigt einem übermäßig reduzierten, »vulgären Realismus«, der die Feinheiten außenpolitischer Prozesse und der internationalen Ordnung, die mannigfachen Kombinationen von »Macht« und »Verstand« außer acht läßt.

Auch die Argumentation von Šedivý weist grundlegende Defizite auf, da sie zur »Essentialisierung kultureller Identitäten« tendiere: Sie greife zu kurz, da sie die historische Konstruiertheit und die Dynamik von Identitäten nicht adäquat berücksichtigt. Denn auch die »amerikanische Identität ist keine fugenlose Grundlage, aus der sich Außenpolitik mechanisch deduzieren läßt«.

Barša argumentiert daher: Indem die amerikanisch-europäischen Unterschiede, wie sie insbesondere nach dem 11. September 2001 zutage traten, durch den Dualismus »westfälischer versus postwestfälischer

Staat« erklärt werden, wird die traditionelle Antithese zwischen dem *idealistischen* Amerika und dem *realistischen* Europa auf den Kopf gestellt. Gerade dieses Gegensatzpaar aber, so Barša, bleibt weiterhin die »tiefste Quelle« der transatlantischen Differenz. »Die neokonservative US-Außenpolitik beruht zwar auf der einseitigen Anwendung »erzwingender Gewalt« [*donucující síly*], doch sie legitimiert diese Gewalt durch moralische Werte, die für die gesamte Menschheit gültig sind. Mit diesen Werten rechtfertigt sie die Verletzung der territorialen Souveränität durch Präventivschläge oder Feldzüge mit dem Ziel eines Regimewechsels in anderen Staaten. Kann man sich eine weniger »westfälische« Politik vorstellen?«

Doch auch hier warnt Barša vor Vereinfachungen. Der »Neoimperialismus« der idealistischen Neokonservativen ist nicht allein deswegen dem multilateralistischen Realismus der amerikanischen Liberalen überlegen, weil letztere sich des »Arsenals« des europäischen Realismus bedienen. Denn bei näherem Hinsehen lassen sich die Postulate der liberalen Multilateralisten auch als eine Spielart des Idealismus identifizieren. Sie ist lediglich stärker prozeßorientiert als die des substantiellen Idealismus der Neokonservativen.

Der Diskurs der neokonservativen Falken stellt laut Barša eine Synthese aus dem »vulgären Realismus der Macht« und dem »substantiellen Idealismus des Guten« dar. Ziel der Neokonservativen ist die »Flucht aus dem Politischen«, »jenem Niemandsland »zwischen« Macht und Verstand, Zwang und Konsens, Abschreckung und Überzeugung, Krieg und Frieden«. Die Neokonservativen präsentieren liberalen Opponenten, die gegen die Kolonisierung des Politischen durch Moral und Technik kämpfen, ein Gegenprogramm: »In der Idee einer entschlossenen Anwendung von Spitzentechnologien im Kreuzzug gegen das Böse verbinden sich beide Formen der Neutralisierung des Politischen«.

Wichtig ist eine grundlegende Beobachtung Baršas: Den Kern der neokonserva-

tiven Synthese bildet die »idealistische Wurzel der amerikanischen Identität«, doch innerhalb der damit gesetzten Grenzen »existiert eine Pluralität gegensätzlicher Alternativen«. Sowohl die Vorstellungen der idealistischen Neokonservativen als auch die Konzepte der realistischen Liberalen sind kompatibel mit der politischen Tradition Amerikas. Insofern gibt es keine – etwa durch Identitäten – vorgeprägte Affinität zur neokonservativen Außenpolitik. Der Ausgang der Auseinandersetzung zwischen den rivalisierenden Konzepten ist offen.

## Besprochene Aufsätze

**Barša, Pavel**, Zdroje amerického chování. K diskuzi o transatlantické diferencii [Quellen amerikanischen Verhaltens. Zur Diskussion über die transatlantischen Differenzen], in: Mezinárodní vztahy, 38 (2003) 2, S. 5–22

**Grosse, Tomasz Grzegorz**, Teoretyczne modele przyszłości Unii Europejskiej [Theoretische Modelle für die Zukunft der Europäischen Union], in: Polska w Europie, 43 (2003) 1, S. 9–36

**Kamiński, Antoni Z.**, Suwerenność państwa polskiego w nowym układzie europejskim [Die Souveränität des polnischen Staates im neuen europäischen Gefüge], in: Przegląd Środkowoeuropejski, (Dezember 2002) 31–32, S. 18–26

**Kratochvíl, Petr**, Chování malých států a multilaterální spolupráce [Das Verhalten kleiner Staaten und multilaterale Zusammenarbeit], Listy SFPA, 6 (März–April 2003), Téma čísla: Multilaterální diplomacie – lík pro 21. století? [Themenheft: Multilaterale Diplomatie – Heilmittel für das 21. Jahrhundert?] <[www.sfpa.sk](http://www.sfpa.sk)>

**Romancov, Michael**, Evropa jako globální hráč? [Europa als globaler Akteur?], in: Přítomnost, (Sommer 2003), <[www.pritomnost.cz](http://www.pritomnost.cz)>

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6380